



**Klubobfrau**

**Madeleine Petrovic**

Neue Herrengasse 1

A-3109 St. Pölten

E-Mail [madeleine.petrovic@gruene.at](mailto:madeleine.petrovic@gruene.at)

Telefon +43 (0) 27429005 16701

Web [www.noegrueene.at](http://www.noegrueene.at)

An die  
Zentralstaatsanwaltschaft zur Verfolgung  
Wirtschaftssachen und Korruption  
Dampfschiffstraße 4  
1030 Wien

St. Pölten, am 12.02.2013

Zusammenhang zu: 3 St 25/12g

Verdächtige:

1. Mag. Wolfgang Sobotka  
Landesrat und LH-Stellvertreter  
p.A. Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten
2. unbekannte Täter

Einschreiterin: Dr.<sup>in</sup> Madeleine Petrovic  
Landtagsabgeordnete  
Grüner Klub im nÖ Landtag  
Neue Herrengasse 1, 3109 St. Pölten

## SACHVERHALTSDARSTELLUNG

1-fach  
1 Beilage

Soweit bekannt ist, ermittelt die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft derzeit gegen mehrere Vorstandsmitglieder der HYPO NOE Gruppe Banken AG (vormals HYPO Investmentbank AG) u.a. wegen des Verdachtes der Untreue in verschiedenen Fällen, wodurch der HYPO Investmentbank AG Vermögensnachteile in teilweise noch nicht festgestellter Höhe zugefügt worden sind. Im Zuge dieser Ermittlungen kam es im Oktober 2012 zur Aufhebung der Immunität der Landtagsabgeordneten Klubobmann Mag. Klaus Schneeberger und DI. Willibald Eigner, die in ihrer Funktion als Aufsichtsräte der HYPO Investmentbank AG zur Zeit der zu untersuchenden Verdachtsfälle tätig waren und durch ihre Zustimmung zu diversen Beschlüssen verdächtigt werden, dadurch zur Tat der Vorstandsmitglieder beigetragen zu haben.

Die Korruptionsstaatsanwaltschaft untersucht also strafrechtlich relevante Vorgänge bei direkten und indirekten Beteiligungen des Landes. Ebenso kam es zur Verhängung von Strafzahlungen durch die Finanzmarktaufsicht gegen die HYPO NOE Gruppe im Zusammenhang mit der irischen Zweckgesellschaft Augustus auf Grund der Überschreitung der gesetzlichen Großveranlagungsgrenze. Der Rechnungshof dokumentierte kaufmännisch ungerechtfertigte Vorgänge und durch öffentlich getätigte Aussagen von ÖVP-Landtagsabgeordneten sowie aus Medienberichten ist bekannt, dass dem Land bzw. seinen Beteiligungen Vermögensschäden erheblichen Ausmaßes entstanden sind. Die genaue Höhe der Schäden ist derzeit Gegenstand von Ermittlungen, bewegt sich aber voraussichtlich im zumindest dreistelligen Millionenbereich.

Seitens der niederösterreichischen Landesregierung und insbesondere des ressortzuständigen Landesrates Mag. Wolfgang Sobotka werden wesentliche Informationen zu den Vorgängen unter Verschluss gehalten, wodurch die Wahrnehmung der Kontrollaufgaben des Landtages nachhaltig behindert wird. Insbesondere wurde die Vorlage der detaillierten Rechenschaftsberichte gem. § 49 InvFG an den Landtag verweigert. Stattdessen wurden lediglich gekürzte Berichte übermittelt.

Auf Grund all dieser Indizien wurde der oberste Finanzverantwortliche des Landes, Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Wolfgang Sobotka von der Grünen Fraktion im NÖ Landtag aufgefordert, als Eigentümervertreter direkt oder indirekt im Landeseigentum stehender Gesellschaften umgehend alle zivilrechtlichen Maßnahmen auszuschöpfen, um erstens mögliche weitere Vermögensschäden für das Land Niederösterreich abzuwenden, und zweitens Maßnahmen einzuleiten, die es erlauben, von Organen, die sorgfaltswidrig handelten bzw. von deren Managerhaftpflichtversicherungen Schadenersatz einzuklagen. Es bestehen zumindest starke Zweifel, dass hier alle Möglichkeiten ausgeschöpft wurden. So berichtete bereits der Rechnungshof in seinem Bericht NÖ 2010/5 (S. 10):

*Mit der ab Mitte 2003 geänderten Strategie des sukzessiven Erwerbs von Alternativen Investments veränderte sich systematisch auch die gesamte Risikostruktur der Veranlagungen. Damit entfernte sich die FIBEG weit von der ursprünglichen Veranlagungsstrategie, ohne jedoch die Entscheidungsorgane des Landes davon in Kenntnis zu setzen.*

Es ist nicht bekannt, ob angesichts dieser eigenmächtigen Veränderung der Risikostruktur seitens der Landesregierung oder des zuständigen Finanzlandesrates rechtliche Konsequenzen gezogen wurden.

In dem Artikel „Irisch Moos“ der Wochenzeitung Profil vom 4.2.2013 wurde ein Schaden der „FIBEG“ von rund 60 Millionen Euro aus hochspekulativen Geschäften rund um die in Irland gegründete Augustus Funding Ltd. errechnet. Es besteht der Verdacht, dass es sich dabei nur um einen kleinen Teil der eingetretenen Schäden handelt.

Es wird daher die angerufene Staatsanwaltschaft ersucht, im Zuge der bestehenden Ermittlungen insbesondere auch aufzuklären, inwiefern Mag. Wolfgang Sobotka und allenfalls noch weitere Personen als befugte Vertreter des Landes über die entstehenden Schäden und die Einleitung hochspekulativer „Rettungsmaßnahmen“ informiert und in die Beschlussfassung darüber eingebunden waren sowie ob dabei die durch die zuständigen Landesorgane vorgegebenen Richtlinien eingehalten oder wissentlich missachtet wurden, und gegebenenfalls die festgestellten Sachverhalte in strafrechtlicher Hinsicht zu würdigen.

In Hinblick auf die bestehende Wertgrenze erscheint die Zuständigkeit der WKStA gem. § 20a StPO gegeben.

Die Einschreiterin ersucht um Information über den Gang des Ermittlungsverfahrens.

Dr.<sup>in</sup> Madeleine Petrovic  
Klubobfrau Grüner Klub im NÖ Landtag

Beilage: Artikel „Irisch Moos“, Profil vom 4.2.2013